



Bensberger Gespräche ***28.-30. Januar 2008 in Bensberg***

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Montag, 28. Januar

Inputs "Brücke zwischen China und Europa"

3. Die Frage der Menschenrechte

Daria Bryantseva, Redakteurin im russischen Programm der Deutschen Welle in Köln, Bonn

Das Thema Menschenrechte werde in Zentralasien als ein ausgesprochen unangenehmes Thema empfunden, betonte Daria Bryantseva zu Beginn ihres Vortrags. Es werde hier auch wenig diskutiert, da es in keinem Staat Zentralasiens eine unabhängige Presse gebe. Auch würden Menschenrechte oft als ein typisches Produkt westlicher Demokratien verstanden, das nicht auf alle Länder übertragen werden könne. Nun könne man niemandem vorwerfen, nicht alles übernehmen zu wollen, erklärte Bryantseva. Aber die grundlegenden Bestimmungen der OSZE und der UN bildeten eine Art Pflichtprogramm im Hinblick auf die Gewährleistung von Menschenrechten.

Mit Blick auf Zentralasien, fuhr die Referentin fort, müsse im Auge behalten werden, dass sich die Staaten der Region sehr unterschiedlich entwickelten. Kasachstan zeige hierbei die interessanteste Entwicklung. Seit die Entscheidung gefallen sei, dass Kasachstan 2010 den Vorsitz der OSZE übernehmen werde, habe das Land umfangreiche Versprechungen über Wirtschaftsreformen und eine Verbesserung der Menschenrechtssituation gemacht. Auch sei die Situation in Kasachstan generell anders, so Bryantseva weiter, da das Land eine multiethnische Gesellschaft beherberge, in der es mehr Rechte als in anderen Staaten der Region gebe. Nur in Kirgisien sei die Situation unter Umständen noch positiver – das Land, so die Referentin, könne als Insel der Demokratie in Zentralasien bezeichnet werden. Tadschikistan hingegen sei eines der ärmsten Länder der Region. Hier stehe eher die Frage im Vordergrund, wie die wirtschaftliche Situation der Menschen verbessert werden könne. Die Armut des Landes verändere die Möglichkeiten, über Menschenrechte zu diskutieren. Allerdings sei darauf hinzuweisen, dass es gelungen sei, die Partei der islamischen Wiedergeburt an der Regierung zu beteiligen und damit religiöse und nichtreligiöse Politikelemente miteinander zu verbinden.

Turkmenistan, fuhr Bryantseva fort, sei schon immer ein nach innen und außen geschlossenes Land gewesen. Es gebe keine Meinungsfreiheit und viele politische Gefangene. Usbekistan schließlich sei ein Staat, in dem massive Menschenrechtsverletzungen sowie Verletzungen der Religionsfreiheit zu beobachten seien. Andijan, so die Referentin, sei eine große Tragödie gewesen. Als Hoffnungsschimmer könne jedoch die Abschaffung der Todesstrafe betrachtet werden. Abschließend hob Bryantseva noch einmal die Arbeit der deutschen Stiftungen in Zentralasien hervor, deren Rolle bemerkenswert sei und die großen Anteil an der Dialogförderung in der Region hätten.